

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 01/53. Jahrgang

Januar 2022

Schutzgebühr: 0,40 €

## Ria Deeg: Grüne verhindern Ehrung

Die Auseinandersetzung um die längst fällige Ehrung der Gießener Widerstandskämpferin Ria Deeg im Kulturausschuss endete wieder in peinlichem Gerangel. Schon einmal wurden alle Versuche mit der „Lex Ria Deeg“ abgeblockt, die die Frist von Ehrungen von 10 auf 20 Jahren erhöhte.

Das nun von OB Grabe-Bolz vorgelegte „Gutachten“, federführend erstellt von der früheren SPD-Stadtverordneten Krauthaim,



schildert Ria Deeg als integre, bewundernswerte Persönlichkeit, die sich für Menschlichkeit und Demo-

kratie einsetzte. Das politische Wirken der Kommunistin, die zeitlebens Mitglied der DKP war und bis ins hohe Alter gegen Faschismus und Krieg eintrat, fehlte. Falls das zur Milde bewegen sollte, hat es nichts genützt. Die Ehrung mit einer Stele in der Plockstraße, wo bereits anderer Antifaschistinnen gedacht wird, ließen CDU, FDP und der eigene Koalitionspartner, die Grünen, nicht zu.

*Fortsetzung auf Seite 2*

## Aktion für Ria

Da die Grünen auf der Ausschusssitzung (Schule, Bildung, Kultur) des Gießener Stadtparlaments klar signalisiert haben, dass sie als Mitglied der Koalition eine überfällige Ehrung der Kommunistin und Widerstandskämpferin Ria Deeg (\* 2. Oktober 1907 † 13. August 2000) in Gießen in Form einer Stele nicht mittragen werden, haben die *Omas gegen Rechts* die

Initiative ergriffen, und mit DKP, ARAG, Freunden und Sympis am 16.12.2021 die Abgeordneten auf dem Weg zur Stadtverordnetenversammlung empfangen und eine würdevolle Ehrung gefordert: **"Einen Kopf für Ria Deeg!"**

Gut 60 Leute standen Spalier und alle Abgeordneten mussten durch dieses laufen.

Es war eine kämpferische Aktion, die hoffentlich Erfolg hat. Außerdem erscheinen regelmäßig Leserbriefe! Lasst uns weiter mahnen, erinnern und für eine angemessene Ehrung kämpfen.

Martina Lennartz



### Inhalt

Erinnerungskultur Gießen	S. 2
Schere im Kopf / 75 Jahre Hess. Verfassung / General leitet Krisenstab	S. 3
Weihnachtsmarkt-Satire / Killerroboter / Neuer Kanzler	S. 4
Karl Lauterbach / Gründe gegen A. Wright	S. 5
50 Jahre Berufsverbote / Che Guevara Afrikas	S. 6
Angriff aufs Arbeitsrecht / Demo Mietenwahnsinn	S. 7
Termine / 50 Jahre Gießener Echo / Kreuzworträtsel	S. 8

**Für Frieden und Sozialismus!**

**DKP**

## Fortsetzung von Seite 1 - Ria Deeg: Grüne verhindern Ehrung

Das war früher anders. Als 1987 Ria Deeg nach dem einstimmigen Beschluss des Stadtparlaments in einer Feierstunde vom damaligen OB Mutz die Goldene Ehrennadel, die höchste Auszeichnung der Stadt Gießen, überreicht wurde, würdigten Vertreter aller Parteien die mutige und konsequente Antifaschistin. Woher nun der Sinneswandel? Was hat sich geändert?

An der Maxime „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ hat Ria Deeg ihr Leben lang festgehalten. Nach dem Krieg und bis in die 80er Jahre war diese Maxime Konsens aller Demokraten in der BRD. Das änderte sich Ende der 90er Jahre, als die SPD/Grüne Koalition erstmals wieder Krieg führte und mithalf, Serbien in die Steinzeit zurückzubomben. Damals behauptete Vizekanzler J. Fischer, „Auschwitz verhindern“ zu wollen.

Heute geht es um „Werte“ und „Menschenrechte“, und wieder sind es die Grünen, allen voran A. Baerbock, die am lautesten einen Krieg gegen Russland/China herbeireden... Und die FDP will passenderweise die Gießener Städtepartnerschaft mit Wenzou kündigen.

Heute würde Ria Deeg mit am schärfsten gegen diese Kriegstreiber auftreten, folgerichtig lehnen auch die Grünen ihre Ehrung strikt ab.

Wenn auch auf dieser Sitzung kein Beschluss gefasst wurde, bleibt es dabei: Ohne Ria Deeg, die sich in Gießen wie keine andere im Kampf gegen den Hitler-Faschismus eingesetzt hat und dafür Jahre ins Zuchthaus gesperrt wurde, ist dieses Ensemble unvollständig. Es ist gut, dass es noch Sozialdemokraten gibt, die nicht vergessen haben, dass Mitglieder ihrer Partei wie die der KPD gemeinsam in den

KZs der Nazis saßen und an der Losung „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“ festhalten.

Erika Beltz



## Erinnerungskultur in Gießen – ein Trauerspiel

In der Stadt gibt es mehrere Stellen, die an Militarismus und Nazizeit erinnern. An der Mauer der ehemaligen Bergkaserne befindet sich ein aufwändig restauriertes Relief, das die Blut- und Boden-Ideologie des 3. Reiches verherrlicht – ein Informationstafelchen kann das nur wenig relativieren. An der Licher Gabel erinnert ein unsägliches Denkmal an das aus fanatischen Nazis bestehende Bombergeschwader Greif. Der darüber schwebende Raubvogel wurde zum Glück von beherzten Gießenern vom Sockel geholt. Eine nachträglich aufgestellte trauernde Fliegerwitwe macht das Ganze nicht besser – der Bombenopfer wird nicht gedacht. Auch am Neuen Schloss und in Klein-Linden stehen Denkmäler, die nur der Soldaten, nicht aber deren Opfern gewidmet sind. Der „Held“ am Neuen Schloss soll angeblich demnächst restauriert werden, statt ihn verwittern zu lassen.

Straßen sind nach Militaristen und Reaktionären wie Bismarck, Roon und Moltke benannt, in der Umgebung der Universität gibt es einige, die Namen von Professoren tragen, die Mitglieder der NSDAP und anderer NS-Organisationen waren, z.B. Robert Feulgen und Georg Haas. Nach Nazis benannte



Oberbürgermeister Mutz (SPD) überreicht 1987 Ria Deeg die Goldene Ehrennadel der Universitätsstadt Gießen

Einrichtungen wie Otto-Eger-Heim und Friedrich-Feld-Schule wurden erst nach langen Protesten umbenannt, die die Stadt regierenden Parteien wurden von sich aus nie aktiv.

Wissenschaftler wie Röntgen und Liebig werden natürlich geehrt, denn damit kann sich die Stadt schmücken. Für einige fortschrittliche Menschen gibt es Bronzebüsten im Theaterpark, in der Plockstraße, am Alten und am Neuen Schloss. Für Nazi-Opfer gibt es Stolpersteine, aber fast nur für rassistisch Verfolgte. Einen Stein für den kommunistischen Widerstandskämpfer Hans Rosenbaum mussten Erika und Michael Beltz erkämpfen. Was man vergeblich sucht, ist eine Erinnerung an aktiven Widerstand gegen den Faschismus, den es durchaus gab.

In der Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Osthofen wird an Häftlinge aus Gießen und Umgebung erinnert - hier sind deren Namen vergessen. Beispielhaft für diesen Widerstand waren Ria und Walter Deeg. Es stände der Stadt gut an, das Ensemble der drei bürgerlichen Nazi-Verfolgten (Agnes von Zahn-Harnack, Margarete Bieber, emigriert 1933, und Hedwig Burgheim, in Auschwitz ermordet 1943) in der Plockstraße durch Ria Deeg, eine aktive Widerstandskämpferin aus der Arbeiterklasse, zu ergänzen.

Gernot Linhart

# Die Schere im Kopf

Kann man jemanden hervorheben, loben, sogar bewundern - ohne wenigstens zu erwähnen, welchen politischen Hintergrund diese(r) jemand in den Jahrzehnten seines Lebens gefunden hat? Ja, das kann man – auch wenn die Selbstzensur zu einer Verfälschung der Lebenslinie des/r Betroffenen führt. Bei Ria Deeg, einer der bedeutendsten Persönlichkeiten in Gießen, wird in Presse und Stadt gerne „versäumt“ zu erwähnen, dass sie seit der Gründung der DKP 1968 bis zu ihrem Tod Mitglied der DKP war. In dem Gutachten des Magistrats „Ria Deeg - Ein Beitrag zum kulturellen Gedächtnis der Stadt Gießen“ von Ulrike Krautheim unter Mitarbeit von Heinrich Brinkmann, Christine Schmidt und Hans-Walter Schmidt ist lautes Schweigen Trumpf. Ebenso in dem darauf aufbauenden Artikel des „Gießener Anzeiger“. Das hat Tradition, denn bereits

im Artikel der JLU „Couragierte“ von Dagmar Klein (Giessener Universitätsblätter, „Giessener, die



Geschichte schreiben“, 2013) gibt es die gleiche Auslassung. Als hätte

Ria nach ihrer frühen SPD- und späteren KPD-Mitgliedschaft im luftleeren Raum gekämpft! Ria hatte bis zu ihrem Tod am 13.08.2000 Funktionen in der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) und in der DKP inne. Wenn man in dem Gutachten über Ria schreibt, dass „sie von ihrer Partei keinen Hohl macht“, dann darf man die DKP auch nicht verschweigen. Und wir sind stolz darauf, sie in unseren Reihen gehabt zu haben und mit ihr zusammen für Sozialismus und Frieden gekämpft zu haben. Das kann man im Buch „Signale aus der Zelle“ im Original nachlesen.

M. Berger

siehe auch:  
<https://giessen.dkp.de/ria-deeg-broschuere-signale-aus-der-zelle-erhaeltlich/>

## 75 Jahre Hessische Verfassung – Antifaschistische und kommunistische Väter und Mütter

1. Dezember 1946 - Die erste Landesverfassung, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland durch eine Volksabstimmung in Kraft gesetzt wurde, war die Hessische. 76,9% der Wähler stimmten ihr zu. Im vorbereitenden Verfassungsausschuss und in der Verfassungsberatenden Landesversammlung spielte die KPD eine bedeutende Rolle. „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ waren die Grundsätze, auf denen die Verfassung aufbaute. Aus der Erfahrung, dass die Großindustrie die NS-Verbrecher an die Regierung gebracht hatte, entstand Artikel 41, nach dem Eisen- und Stahlindustrie in Gemeineigentum überführt und die Großbanken verstaatlicht werden sollen.

Die Hessische Verfassung untersagte jeden „Missbrauch der wirtschaftlichen Freiheit insbesondere zu monopolistischer Machtzusammenballung“; Vermögen, „das die Gefahr solchen Missbrauchs wirtschaftlicher Freiheit in sich birgt, ist [...] in Gemeineigentum

zu überführen“; „Bei festgestelltem Missbrauch wirtschaftlicher Macht“ ist eine Entschädigung „zu versagen“.

Die Hessische Verfassung wies der Wahl von Betriebsräten Verfassungsrang zu: „Die Betriebsvertretungen sind dazu berufen, im Benehmen mit den Gewerkschaften gleichberechtigt mit den Unternehmern in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Fragen des Betriebes mitzubestimmen.“ (Art. 37.2 HV)

Der „sozialistische Zahn“ wurde der Hessischen Verfassung durch die reaktionären Kräfte und zahlreichen Alt-Nazis in der Adenauer-Regierung und in der Justiz rasch gezogen. Im vorrangigen Grundgesetz kommt das Wort „Gewerkschaften“ dann schon gar nicht mehr vor.

Die letzte Änderung brachte die berüchtigte Schuldenbremse, durch die soziale Leistungen gekürzt und der Verkauf von öffentlichem Vermögen und Privatisierungen gefördert werden.

M. Berger

## Betreff: General leitet Pandemie-Krisenstab

Ich frage mich prinzipiell, warum der neue Kanzler Olaf Scholz (SPD) den Generalmajor Carsten Breuer (SPD) aus Iserlohn und somit das Deutsche Militär in den Krisenstab zur Bekämpfung der Pandemie beruft. Gäbe es hier nicht weitaus geeignetere Berufsgruppen? Ich denke dabei z.B. an Soziologen und Sozialarbeiter, die diese Aufgaben sinnvoll erfüllen könnten. Ich habe eher den Eindruck, dass jetzt schon für die Notstandsverordnungen, die 1968 unter massivem Protest v.a. der APO verabschiedet wurden, geübt werden soll. Demnach kann, je nach Auslegung, das Militär u.a. auch gegen Streiks und Demonstrationen eingesetzt, Post- und Fernmeldegeheimnis eingeschränkt werden. Ahnen lässt sich so etwas durch die Formulierung des Generals mit Afghanistanenerfahrung, er wolle „robustere Führungsstrukturen“ (IKZ) schaffen.

Uwe Moldenhauer

# Weihnachtsmarkt: Achtung - Satire



Liebe Behinderte, auch in diesem Jahr dürfen Sie sich wieder auf den beliebten Weihnachtsmarkt in Gießen freuen. Wie in jedem Jahr haben wir Ihnen einen kreativen Parcours aufgebaut, auf dem Sie mit Hingabe und Hinfallen, jauchzend und Hosiana jubelnd Ihre körperlichen Fähigkeiten austoben können.

Unser kompetentes Team der Stadtmarketing GmbH hat sich größte Mühe gegeben, vor allem den Seh- und Gehbehinderten Anhängerkupplungen, Glühweinstände, Kabel und anderes Sportgerät auf die Blindenleitstreifen zu stellen, um Ihnen einen angenehmen Aufenthalt zu gewährleisten. Aber, bitte übertreiben Sie es nicht! Die Krankenhäuser sind bereits mit Patienten überfüllt, die händeringend auf eine fehlende Krankenschwester warten. (Ihre Krankenschwester wechselte den Beruf, weil sie ihren kargen Lohn mit einem Krankenhaus-Aktionär teilen musste).

Wir, der Magistrat Ihrer Stadt, die

Marketing GmbH und alle Weihnachtsmänner wünschen Ihnen, dass Sie Ängste überwinden und Hindernisse bewältigen. Auch wir haben es nicht leicht. Schließlich haben wir einen Dachschaden – auf dem Rathaus!

Wie heißt es so schön: Alle Jahre wieder... Ihre Stadt



## Killerroboter im Einsatz

Die letzte Abrüstungsrunde in Genf ist also gescheitert. Es scheint kein Interesse daran zu bestehen, die Herstellung nicht menschengesteuerter Waffensysteme, auch 'Killer Roboter' genannt, zu stoppen. Die großen Waffenindustrien der USA, Russlands und Israels wollen es nicht.

Was sagt die Ministerin der ehemaligen Friedenspartei *Die Grünen* dazu? Das wäre doch eine gute Gelegenheit für Deutschland und für Frau Baerbock eine Initiative zu starten, um dem Ziel der Ampel, solche Systeme zu ächten, Geltung zu verschaffen und ihrer vorgeblich von Werteorientierungen geleiteten Politik Ausdruck zu verleihen, gerade jetzt, wo Assange, der das Töten Unschuldiger durch Drohnen ans Licht gebracht hat, für diese 'Tat' ausgeliefert und hart bestraft werden soll.

Vermutlich wäre das wirtschafts-

feindlich. Die Grünen werden sich bei SPD und FDP unterhaken, und gemeinsam werden sie dann in München bei der Sicherheitskonferenz auf der Bühne singen: "Ich bete an die Macht der Liebe". Irgendein Rüstungsmanager wird die Melodie auf dem Kamm blasen.

Was steht dazu im Koalitionsvertrag?

Wir von der Ampel "werden ... daher die Bewaffnung von Drohnen der Bundeswehr in dieser Legislaturperiode ermöglichen. Bei ihrem Einsatz gelten die Regeln des Völkerrechts, extralegale Tötungen – auch durch Drohnen – lehnen wir ab." War da was?

Wer Schweinereien aufdeckt, ist ein Verbrecher. Im Westen. Die in Russland bezeichnen wir als Helden. Auf diese Doppelmoral sind wir auch noch stolz.

Wolfgang Seibt

## Ein neuer Kanzler

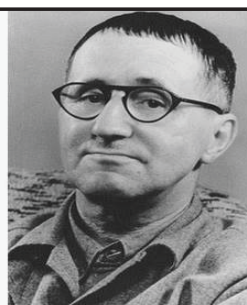
Da haben wir nun einen neuen Bundeskanzler. Wir kennen ihn schon als Finanzminister, auch wenn er in dieser Rolle meist unauffällig agierte. Kürzlich fiel mir ein Artikel des „Spiegel“ in die Hände, der sich mit den Steuern der Großkonzerne befasst. Laut einer OECD-Studie entgehen den Steuerbehörden durch Steuertricks der Konzerne weltweit an die 240 Milliarden Dollar, allein in der EU sind es mindestens 160 Milliarden Euro. Im Jahre 2014 „reformierten“ EU-Regierungen daher ihr Steuersystem. 2015 führten die Staaten für Unternehmen dann Niedrigsteuern ein. Diese fielen etwa in Ungarn von 19 auf 9, in Belgien von 34 auf 25, in Frankreich von 38 auf 28%.

Und Olaf Scholz? Die Brüsseler Zentrale wollte im vergangenen Jahr von Deutschland wissen, wie es um Steuerabsprachen zwischen Finanzämtern und Unternehmen steht. Doch Scholz fand schon die Frage unanständig. „Absprachen werden generell nicht offengelegt, sie sind Bestandteil des Steuergeheimnisses.“ So fielen die Unternehmenssteuern zwischen 1990 und 2018 im Schnitt von 38 auf 23%. Geplant ist nun ein Mindeststeuersatz von 15%. Der Finanzminister wird ja nun, Bourgeoisie sei Dank, Kanzler.

Klaus Mewes

**Unsere Herrn,  
wer sie auch seien,  
sähen unsere Zwietracht gern,  
denn solange sie uns entzweien,  
bleiben sie auch unsere Herren.**

**Bertolt Brecht**



# Karl Lauterbach – kein Hoffnungsträger

Der neue Gesundheitsminister Lauterbach hat sich während der Corona-Pandemie einen Ruf als kompetenter Epidemiologe erworben – zur Hoffnung auf Verbesserung des Gesundheitswesens gibt es jedoch keinen Grund. Seit der Regierungsübernahme durch SPD/Grüne 1998 war er an vielen Entscheidungen beteiligt gewesen. Die damalige Ministerin Ulla Schmidt beriet er bei "Reformen": Kassenleistungen wurden abgebaut, mehr Eigenbeteiligung an Krankheitskosten eingeführt, der Kassenbeitrag für Versicherte erhöht und der Anteil für Unternehmer gesenkt. Außerdem war Lauterbach maßgeblich an der Einführung der Fallpauschalen für Krankenhausbehandlungen beteiligt. Seitdem gibt es für Kliniken profitable Fälle einerseits, defizitäre Therapien andererseits. In der Höhe der Pauschalen spiegelt sich die uralte Hierarchie der Medizin wider – oben stehen Chirurgen, Orthopäden und Radiologen, unten Kinderärzte. Mit Herzoperationen, künstlichen Gelenken u. Ä. können Kliniken viel Geld verdienen, bei natürlichen Geburten und Behandlungen kranker Kinder zahlen sie drauf.

Wer berechnet solche Pauschalen, warum machen Krankenkassen so etwas mit? Das System machte Teilbereiche der Medizin hochprofitabel und war der Anstoß zur Privatisierung von Kliniken. Lauterbach ist ein Freund der Profitmedizin, jahrelang war er im Aufsichtsrat der Rhön-

Kliniken AG. Er ist auch Verfechter der berüchtigten Bertelsmann-Studie, nach der fast die Hälfte aller Krankenhäuser geschlossen werden sollen. Obwohl der Inhalt dieser Studie in der Öffentlichkeit kritisiert wurde, und es in keinem Fach- oder Wahlgremium einen Beschluss dazu gibt, wird er eifrig umgesetzt. Trotz Pandemie schließen bundesweit Kliniken. Ein Krankenhausstrukturfonds fördert z. Zt. das Aus von 34 Einrichtungen. Besonders betroffen sind Entbindungsstationen und Kinderkliniken. In Teilen Deutschlands ist die nächste derartige Einrichtung 50 km entfernt. Absurderweise müssen Kinderkliniken, die mehr Kinder aufnehmen als sie dürften – weil es weit und

breit kein freies Bett gibt – hohe Strafen bezahlen.

Das Gesundheitsministerium sieht die Pandemie als Grund für weitere "Rationalisierungen". Ressourcen bündeln und Versorgungsstrukturen optimieren ist angeblich die Lehre aus der Misere. Das Gegenteil wäre richtig – die Anzahl der Betten und Intensivstationen und das Fachpersonal müssen an den erhöhten Bedarf angepasst werden. Der Privatisierungswahn muss rückgängig gemacht werden, Kliniken müssen ohne Profitorientierung arbeiten. Dafür ist Druck von unten nötig – Lauterbach wird nichts davon von sich aus machen.

Gernot Linhart



## Einige gute Gründe, Alexander Wright nicht zum Bürgermeister der Stadt Gießen zu wählen!

Im Februar 2022 will der Grüne Fraktionschef Alexander Wright von der Stadtverordnetenversammlung zum Bürgermeister gewählt werden. Dazu installierte das Parlament einen Ausschuss, der die eingehenden Bewerbungen auf dieses Amt prüfen und dann einen Vorschlag machen wird. Wetten, dass dieser Vorschlag A. Wright lautet? Ob das so klappt, wie es sich die Koalition aus Grünen, SPD und Gießener Linke ausgedacht haben, ist fraglich. Hier die ersten sechs

Gründe zur Nichtwahl von A. Wright:

1. Ist der Bewerber in der Lage, verantwortlich Mitarbeiter zu führen? Nein! Man hört so einiges über den Umgang miteinander in der Fraktion ...,
2. antikommunistische Ausfälle gegen die Stadtverordnete Martina Lennartz,
3. Wright ist strikt gegen Kunstrasenplätze in Gießen; seine Partner in der Koalition sehen das anders,
4. er ist dagegen, die Widerstands-

kämpferin und Antifaschistin Ria Deeg mit einem Gießener Kopf (Stele) zu ehren,

5. er hat verhindert, dass Helmut Appel wie ursprünglich vereinbart in den Magistrat gewählt wurde,
6. bei der Besetzung von Ausschüssen und Kommissionen hat er die Benennung kompetenter Personen verhindert.

Das sind nur einige der Gründe, die gegen eine Wahl von Wright zum Bürgermeister der Stadt Gießen sprechen. Erwin Lottermann

# Vor 50 Jahren: Beginn der Berufsverbote – Verfassungsbruch

28. Januar 1972: Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) und die Ministerpräsidenten der Bundesländer beschließen die „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im Öffentlichen Dienst“.

Es ist nach dem KPD-Verbot von 1956 ein weiterer folgenreicher Verfassungsbruch, um kommunistische, sozialdemokratische und friedensbewegte Kräfte auf kapitalfreundlichen Kurs zu zwingen.

Ein Klima der Denunziation, der Bespitzelung durch den skandalträchtigen Verfassungs“schutz“, der von NS-Verbrechern gegründet und betrieben wurde, wurde eingeläutet.

Bis Anfang der 1980er Jahre waren etwa 3,5 Mio. Menschen wegen ihrer politischen Gesinnung durchleuchtet. Die Bilanz: 11.000 offizielle Berufsverbotsverfahren, 2.200 Disziplinarverfahren, 1.250

Ablehnungen von Bewerbungen und 265 Entlassungen.

In Gießen gab es über 30 Betroffene, darunter auch der sozialdemokratische Vater der spä-

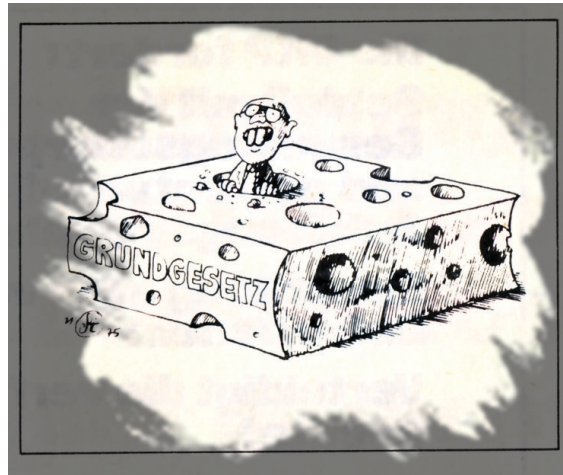
die Denunzianten der CDU dagegen die Zähne aus.

Betroffene waren Personen, die sich gegen den Krieg in Vietnam, gegen die NATO-Aufrüstung, für eine konsequente Aufarbeitung des Faschismus und für den Erhalt demokratischer Rechte engagierten.

Der Europäische Gerichtshof verurteilte die Berufsverbote als Menschenrechtsverletzung.

Eine breite Solidaritätsbewegung durch die „Komitees gegen Berufsverbote“ im In- und Ausland führte in den 1980er Jahren zur Wiedereinstellung vieler Betroffener. Eine große Anzahl wurde aber nicht eingestellt und ihre Existenz war bedroht.

Mit Hilfe der Gewerkschaften fordern Betroffene den „Radikalerlass“ generell und bundesweit offiziell aufzuheben, alle Betroffenen zu rehabilitieren und zu entschädigen. M. Berger



teren Oberbürgermeisterin, der nicht an der Hamburger Universität genommen wurde. An Michael Beltz, dem Vorsitzenden der DKP, und der Solidaritätsbewegung bissen sich

## Der Che Guevara Afrikas



Thomas Sankara (\*1949 †1987):  
erster Präsident von Burkina Faso

Vor 34 Jahren wurde der charismatische, marxistische Revolutionär und Präsident von Burkina Faso Thomas Sankara ermordet.

Täter waren frühere Weggefährten. Doch die politische Verantwortung trug die Kolonialmacht Frankreich, die bis heute versucht, ihre ehemaligen Kolonien in Abhängigkeit zu halten.

Sankara hatte sich an der kubanischen Revolution orientiert. Er kämpfte gegen Imperialismus, Kapitalismus und Neokolonialismus. Im Gegensatz zu vielen Marxisten Afrikas war ihm

klar, dass die Befreiung der Frau eine Voraussetzung für Sozialismus ist. Nur wenn die elementaren Voraussetzungen wie Nahrung, Wohnung und eine intakte Natur gesichert sind, hat Sozialismus eine Chance.

In Burkina Faso begann am 11.10.2021 ein Gerichtsverfahren, welches Klarheit über den Mord an Thomas Sankara bringen soll. Auch wenn die beiden Hauptangeklagten nicht anwesend waren, hat der Prozess enorme symbolische Bedeutung. Zum einen versucht das Land selbst, das Komplott, welches hinter der Ermordung seines ehemaligen Präsidenten steht, zu klären. Zum anderen war und ist Sankara eine zentrale Figur für die revolutionäre afrikanische Linke. Nicht zu Unrecht nennt man ihn „Che Guevara von Afrika“.

Der Prozess wird nach Angaben aus Justizkreisen mindestens vier Monate dauern.

Unabhängig davon, wie der Prozess ausgeht, führt er dazu, dass sich nicht nur in Afrika wieder mehr Menschen mit seinen politischen Ideen beschäftigen. Wichtige Punkte sind hier der Kampf gegen den Neokolonialismus, die Anpassung der Ideen der kubanischen Revolution an die afrikanischen Verhältnisse und die Bedeutung der Befreiung der Frau für die sozialistische Revolution. Während man den afrikanischen Revolutionär in Deutschland kaum kennt, tragen weltweit viele Straßen seinen Namen, auch in Frankreich und nicht zuletzt in Nordirland - war doch der marxistische Flügel des irischen Befreiungskampfes auch an Sankara orientiert.

Thomas Sankara könnte ein Vorbild für die junge Generation, vor allem in Afrika sein.

Er selbst sagte: „Tötet ihr Sankara, werden morgen Millionen von Sankaras geboren werden“.

Gabriel Kombassere

# Angriff aufs Arbeitsrecht und andere Länder? – die Koalition in Aktion

Die Ampelkoalition im Bund hat ihre Arbeit aufgenommen. Wer sich von einer „rot-grünen“ Regierungsbeteiligung eine Verbesserung erhofft, ist den Sozialdemokraten mal wieder auf den Leim gegangen. Neue Angriffe auf die Arbeitsbedingungen und Aufrüstungspläne wurden von der Regierung bereits angekündigt.

Als SPD und „Grüne“ das letzte Mal gemeinsam die BRD verwalten durften (1998 – 2005), haben sie dem deutschen Kapital mit den Hartz-Gesetzen eine Maschinerie zur besseren Unterdrückung und Ausbeutung ihrer Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt. Die Bundeswehr wurde 1999 unter der sozialdemokratischen Regierung das erste Mal wieder in den Krieg geschickt. Beides lief verhältnismäßig geräuschlos, da Schröder es schaffte, die SPD-geführten DGB-Gewerkschaften ruhig zu halten, und Fischer die Friedensbewegung mit Auschwitz-Vergleichen von Anti-Kriegs-Protesten abhielt.

Im neuen Koalitionsvertrag wird eine vom Kapital lange erhobene Forderung aufgegriffen – die Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes. Die tägliche zulässige

Maximalarbeitszeit, sowie der Grundsatz des 8-Stunden-Tages stehen auf dem Spiel. Die Koalition hält außerdem an Sachgrundbefristungen fest, die zu einem Anstieg dieser prekären Arbeitsverhältnisse von 2001 bis 2013 von 550.000 auf 1,3 Mio. geführt haben. Minijobs sollen ausgebaut, wodurch erkämpfte Sozialversicherungen unterwandert werden. Gerade Frauen werden hier noch stärker von Armut betroffen sein als zuvor. Das Ganze ist natürlich in weich gespülten Worthülsen versteckt, um die Leser:innen nicht zu verschrecken.

Deutlich offen reaktionärer treten die Grünen in der Außen- und Kriegspolitik auf. Die frisch vereidigte Außenministerin Baerbock sagte in einem taz-Interview Anfang Dezember, dass sie für eine „aktive deutsche Außenpolitik“ und zur „Verantwortung im Rahmen von NATO und EU und auch zur nuklearen Teilhabe“

stehe. Hierzu wird die Bundeswehr wohl Atombomber im Wert von 20 Mrd. Euro bekommen, mit denen sie die in Deutschland stationierten US-Atombomben selbst abwerfen kann.

SPD und Grüne binden auch heute wichtiges Protestpotenzial in den Gewerkschaften und in der Jugend. Es wird unsere Aufgabe sein, ihre arbeiter:innenfeindliche und kriegerische Politik aufzudecken und den Widerstand zu organisieren.

Tobias Salin



Sie lügen wie gedruckt.  
Wir drucken, wie sie lügen.

Teste die beste  
linke, überregionale Tageszeitung.



Drei Wochen gratis.

Probeabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

## Demo gegen Mietenwahnsinn



Am 04.12. haben wir mit ca. 100 Leuten gegen den Mietenwahnsinn demonstriert.

Wir fordern:

- **Entschädigungslose Enteignung der Wohnungskonzerne wie Vonovia & Co.!**
- **Umwandlung von privatem Wohneigentum in öffentliches Eigentum!**
- **Wohnen für Alle, nicht nur für die Reichen!**
- **Erkämpfen wir uns gemeinsam das Recht auf Wohnen!**

Die Rede der DKP ist zu lesen unter: <https://www.unsere-zeit.de/die-krise-heisst-nicht-corona-sondern-kapitalismus-163861/>

## Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN:  
DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an:  
Postfach 110340, 35348 Gießen,  
**E-Mail: [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de)**  
**Im Internet: [www.giessen.dkp.de](http://www.giessen.dkp.de)**

## "Der Machtkampf des Westens gegen China"

am Mi, 19.01.2022 um 19 Uhr  
**Kerkradezimmer Kongresshalle** mit **Jörg Kronauer**, freier Journalist mit den Themenschwerpunkten Neofaschismus und deutsche Außenpolitik.



China ist das erste Land seit dem Ende des Kalten Kriegs, das das Potenzial hat, mit den Mächten des alten Westens nicht nur ökonomisch, sondern auch machtpolitisch gleichzuziehen. Der Westen, erpicht darauf, seine globale Hegemonie zu behalten, sucht Chinas weiteren Aufstieg zu bremsen. Die Vereinigten Staaten haben einen Wirtschaftskrieg gegen die Volksrepublik gestartet und rüsten zudem militärisch gegen sie auf; US-Militärs diskutieren über einen möglichen Krieg. Auch Deutschland und die EU gehen aggressiv gegen Beijing (Peking) vor, sind aber zugleich auf wirtschaftliche Kooperation angewiesen. Der Machtkampf des Westens gegen China gewinnt an Fahrt, wird aber unverändert durch seine inneren Widersprüche geprägt.

Fragen und Anmerkungen an [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de)

**Redaktionsschluss für das Februar-Echo: Mi., 26. Januar**

SAVE THE DATE!  
 pressefest.dkp.de

**21.UZ-PRESSEFEST VOLKSFEST DER DKP**

**DAS FEST DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT**

**26. - 28. AUGUST 2022**  
 REVIERPARK WISCHLINGEN, DORTMUND

## Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** berichteten wir über die zweite Gießener Arbeiterjugendfete, die zum Jahreswechsel im Saalbau Deeg stattgefunden hatte. Die Gewerkschaftsjugend und der bis dahin sehr unpolitische Stadtjugendring hatten eingeladen. Neben mehreren Musikgruppen und Musikern hatte die neu gegründete „Gießener Songgruppe“ ihren ersten Auftritt.

Vor **40 Jahren** war die Bundesregierung auf der Suche nach einem Standort für eine Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Brennelemente aus Kernkraftwerken. Nach dem bereits benannten Rabenau kamen Frankenberg und Merenberg auf die Liste. An beiden Orten formierte sich, genau wie in Rabenau, schnell breiter Protest in der Bevölkerung.

Vor **30 Jahren** setzte sich der Niedergang der einst renommierten Maschinenfabrik Heyligenstaedt fort. Nachdem der Rinn-Clan das Werk an die koreanische Moon-Sekte verkauft

hatte, ging es weiter bergab. Das Jahr 1992 begann daraufhin mit Kurzarbeit und Entlassungen.

Vor **20 Jahren** ließ der damalige Magistrat aus CDU, FDP und FW vom Stadtparlament einen neuen Schulentwicklungsplan verabschieden. Der unter SPD-Regie an mehreren Schulen eingeführte gemeinsame Unterricht bis zur 6. Klasse wurde nach und nach abgeschafft. Die aus dem 19. Jahrhundert übernommene Trennung nach der 4. Klasse breitete sich wieder aus.

Vor **10 Jahren** besuchte die neu gegründete "Bürgerinitiative gegen diese Landesgartenschau" den Neujahrsempfang im Rathaus. Sie überraschte mit einem Ständchen, bei dem das „Lied vom Kastanienbaum“ dargebracht wurde – dieser Baum sollte gefällt werden und wurde gerettet. In Gießen konnten nur wenige Bäume vor der Kettensäge bewahrt werden.

**ECHO -**

1. Literarische Empfehlung (Bert Brecht, Fragen eines lesenden Arbeiters): Wer baute das siebentorige ...
2. Krumm, gelb, oft matschig, war in der DDR knapp
3. Ausgefallene Tradition in Deutschland (am aber eher nicht zum Jahrestag der kubanischen Revolution)
4. Ein imperialistisches Militärbündnis
5. Grund der Grünen, eine Ehrung von Ria Deeg abzulehnen
6. Wenn die Roten die Welt besser machen
7. Stadt in Osthessen, die seltsam gesundheitspolitisch klingt
8. Die DKP demonstrierte nicht gegen Wahnsinn bei Rindern, sondern bei den ...
9. Fünf Finger in revolutionärer Anordnung
10. Guter Wunsch aus gegebenem Anlass. Bleibt ...

1 2 3 4 5 6 7 8 5 10

M.H.